

Verteilung der Lasten, als dies bei der bisherigen Veranlagung oder Differenzierung der Fall war. Der Gesetzentwurf sieht eine Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe in verschiedene Betriebsgrößen bzw. verschiedene Gruppen vor. Diese Gruppen sollen nach einer Durchschnittsnorm entsprechend differenziert und veranlagt werden. Zur Verbesserung und Verfeinerung der Differenzierung ist notwendig, daß der Gedanke der Zwischenstufen, der in den bisherigen Beratungen zum Ausdruck gebracht wurde, bei der Differenzierung auch in die Tat umgesetzt wird. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß bei der Differenzierung in den Dörfern die kleinen und mittleren Bauern immer zugunsten der großen und wirtschaftlich starken Bauern benachteiligt wurden. Wir halten deshalb den Gedanken der Auferlegung eines bestimmten prozentualen Anteils des Gesamtsolls auf die einzelnen Betriebsgruppen für notwendig und auch für richtig, damit der von unserer Partei schon immer vertretene Grundsatz „Große Betriebe — große Pflichten, kleine Betriebe — kleine Pflichten“ wirklich voll verwirklicht wird.

(Lebhafter Beifall bei der DBD)

Das vorliegende Gesetz bringt unserer Landwirtschaft ohne Zweifel viele neue Aufgaben und fordert von der gesamten Landbevölkerung neue große Anstrengungen, um das erstrebte Ziel, die Erreichung von Friedenserträgen und die Aufhebung der Rationierung, zu ermöglichen. Wir wissen aber, daß wir nur durch unsere eigenen Anstrengungen unserem Volk wieder bessere Lebensbedingungen und unserer Landwirtschaft eine gesicherte, krisenlose Zukunft schaffen können.

Wenn es noch einer Bestätigung dieser Tatsache und dieser Wahrheit bedurft hätte, so hat sie die am vergangenen Sonnabend und Sonntag in Schierke durchgeführte Agrarkonferenz, die von Teilnehmern aus ganz Deutschland besucht war, erbracht, und zwar gerade hinsichtlich der Landwirtschaft. Ohne Ausnahme haben alle Vertreter aus Westdeutschland ein hoffnungsloses Bild der Entwicklung der Landwirtschaft im Westen auf gezeigt.

Dort erklärte unter anderem ein Agrarwissenschaftler, daß täglich viele Bauern zu ihm kommen und zweifeln fragen, was sie denn nun eigentlich noch anbauen sollten, was sie dann auch irgendwie absetzen könnten, weil sie heute schon in hohem Maße auf ihren Erzeugnissen sitzen bleiben. Die durch den Marshall-Plan erzwungene Einfuhr amerikanischer Agrarerzeugnisse macht den Absatz der eigenen Erzeugnisse immer schwieriger, macht die Existenz und die Zukunft der Landwirtschaft im Westen Deutschlands immer auswegloser.

Wir wissen, daß auch unsere Bauern heute noch viele Schwierigkeiten und viele Sorgen haben. Diese Sorgen werden aber von Jahr zu Jahr geringer werden, weil sie grundsätzlich anderer Natur sind als die Sorgen unserer Berufskollegen im Westen Deutschlands. Dort ist die große Sorge, daß alle Anstrengungen nichts nützen, weil ihnen niemand hilft, den Absatz ihrer Erzeugnisse zu sichern. Die Sorge unserer Bauern ist, daß sie mehr liefern sollen, als sie heute oft schon liefern können. Dies ist aber keine hoffnungslose Sorge, sondern man kann sagen, eine zukunftsfrohe, da in Zusammenarbeit von Stadt und Land die Erzeugung in der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr steigen wird und da sich damit die Lage unserer werktätigen Bauern auch ständig verbessern wird.

Die Fraktion meiner Partei sieht in dem vorliegenden Gesetzentwurf einen neuen bedeutungsvollen Schritt auf dem Wege zu einer wieder völlig gesunden Landwirtschaft und auf dem Wege zu einem wieder besseren Leben unseres Volkes. In dieser Erkenntnis kann ich namens der Fraktion der Demokratischen

Bauernpartei dem Gesetzentwurf unsere Zustimmung geben.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Für die Fraktion der SED spricht der Herr Abgeordnete Saupe.

Abg. Saupe (SED):

Meine Damen und Herren! Das der Provisorischen Volkammer vorliegende Gesetz über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung und über die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahre 1950 stellt eine wichtige und notwendige Ergänzung bisher beschlossener Gesetze zur erfolgreichen Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1950 dar. Da die Zielsetzung des Volkswirtschaftsplanes auf die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Bevölkerung gerichtet ist, müssen eine Reihe von Problemen gelöst werden, die sich aus der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ergeben.

Dabei handelt es sich im Rahmen dieses Gesetzentwurfes gesehen im wesentlichen um folgende Fragen: um die Verbesserung der Versorgung nicht nur in mengenmäßiger, sondern auch in qualitativer Beziehung,

(sehr richtig!)

um die Lockerung bzw. Aufhebung noch bestehender Beschränkungen im Warenbezug für die Verbraucher, um die im Interesse unserer Volkswirtschaft liegende gesunde Preisbildung für Nahrungsmittel sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher und um die im Interesse der gesamten Bevölkerung notwendigen Pflichtablieferungen landwirtschaftlicher Produkte.

Ich möchte im Namen der Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Ausdruck bringen, daß wir die vorgeschlagenen Maßnahmen als notwendig erachten; denn ihre Durchführung bedeutet einen weiteren Schritt vorwärts zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß es auf Grund der hervorragenden Leistungen unserer Aktivisten in der Industrie und in der Landwirtschaft, durch die Anstrengungen der gesamten werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land möglich war, den Lebensstandard der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik laufend zu erhöhen

(Beifall)

und wesentliche Verbesserungen durch die mengenmäßigen Erhöhungen der Lebensmittelrationen zu erreichen. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß dieser Weg aufwärts aus eigener Kraft erfolgreich ist.

Wie anders ist dagegen die Lage der Bevölkerung in Westdeutschland und in Westberlin! Die über zwei Millionen Arbeitslosen befinden sich dort in einer hoffnungslosen Lage. Die diktatorischen Maßnahmen der ausländischen Kommissare führen zur weiteren wirtschaftlichen Verschlechterung und zu wachsenden Auslandsschulden. Um so mehr wird unser Beispiel auch die Landsleute im Westen Deutschlands davon überzeugen, daß der von uns beschrittene Weg der richtige ist.

Am 1. März wird durch die Ausgabe der Zusatzkarte E für einen bestimmten Kreis der Angestellten eine Verbesserung eintreten. Dadurch wird die Benachteiligung, die dieser Teil der Angestellten in den Betrieben gegenüber der Verbesserung der Versorgung der übrigen Bevölkerung erfahren hat, in Wegfall kommen.

Aber es genügt nicht, nur mehr Lebensmittel zu geben; mit der mengenmäßig besseren Versorgung wächst auch der Wunsch der Bevölkerung nach einer qualitativen Verbesserung der Nahrungsmittel und